

EXKLUSIV Kontrakte waren 1,7 Millionen € wert, bei Erstellung 2006 11,3 Millionen € -Anklage: Bezahlt wurde dafür nichts

Gutachten: „Hable-Optionen“ waren Millionen € wert

Fall Petrikovics: Boni von 20 Millionen € flossen verdeckt über Treuhänder Hable, dem Terminkontrakte eingeräumt worden waren. Nun liegt das Gutachten dazu vor.

Wien. Es ist der letzte heiß umstrittene Punkt im Prozess gegen den Ex-CEO von Immofinanz, Immoeast und Constantia Privatbank (CPB), Karl Petrikovics, und andere: Es geht um die von der Staatsanwaltschaft oft ins Treffen geführten „Optionsprämien“, die bei der Auszahlung der Incentives für Petrikovics, Ex-Vorstand Norbert Gertner und Ex-Aufsichtsrat Helmut Schwager laut Anklage zu zahlen gewesen wären. Dem WirtschaftsBlatt liegt nun das neue Gutachten des Sachverständigen Oliver Lintner vor.

Aus dem 23 Seiten (exkl. Anhang) starken Werk (Kosten: 2000 €) geht hervor, dass es sich bei den Kontrakten mit dem kürzlich freigesprochenen Treuhänder Ernst Hable formal um keine „Optionen“ handelte. Die Verträge stellten Termingeschäfte (Abnahmepflicht) dar – Lintner bezeichnet sie als „kreditfinanzierten Aktienkauf für Herrn Hable“.

Angemessene Zinsen

Hier treffen sich die Ansichten des Gutachters und der Beschuldigten, da Petrikovics und Gertner einen Immofinanz-Aufsichtsratsbeschluss hatten, der ihnen von der Immofinanz kreditierte Aktienkäufe erlaubt hätte. Sie rechneten Refinanzierungszinsen ein. Diese waren laut Lintner angemessen. Schwager verfügte über nicht eingelöste Zeichnungsscheine. Physisch übernommen hatte die Aktien aber keiner der Beschuldigten.

Über die formal fremde CPB-Gruppe wurde 2006 bzw. 2007 der Kursgewinn der „vir-



Umstrittene Incentives: **Karl Petrikovics** wird Untreue vorgeworfen. Er und Gertner hatten zumindest Aufsichtsrat-Okay

Auf Basis von Prämisse 2) wurde der Wert der Beilagen ./G1 - ./G4 mit gesamt € 11.274.375 ermittelt. Der Gesamtwert teilt sich in die Komponenten „Rabatt“ (Ausübungspreis vs. Bezugskurs der Kapitalerhöhung) und die Komponente „Look-Back“ (Kurs der Aktien an der Wiener Börse vs. Bezugskurs der Kapitalerhöhung). Die Komponente „Rabatt“ summiert auf € -18.375,- (negativ) und die Komponente „Look-Back“ auf € 11.292.750,-

tuellen“ Aktien ausbezahlt: Hable wurden Kontrakte ausgestellt, wonach er Aktien zu Preisen der Kapitalerhöhungen 2004/2005 kaufen konnte. Die Beschuldigten meinen, dass sie bei Kapitalerhöhungen mitziehen hätten dürfen –

wenn sie Aktien gehabt hätten. Der Schönheitsfehler: Die Kontrakte wurden erst 2006 rückwirkend ausgestellt.

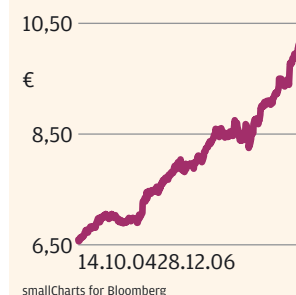
Das Gericht beauftragte ob der strittigen Frage, ob die Beschuldigten für die Kontrakte etwas bezahlen hätten müs-

sen, Lintner, den Preis der Hable-Verträge zu errechnen. Und das unter zwei Prämissen. Annahme eins: Der Wert der Kontrakte, wenn sie von den Beschuldigten tatsächlich zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhungen ausgestellt worden

wären. Zweitens hatte Lintner den Wert der Kontrakte im Jahr 2006 zu errechnen (Kontrakt-Erstelldatum laut Textdokument).

Ergebnis: So oder so – die Kontrakte hätten entweder einen Wert von 1,72 (Annahme

IMMOFINANZ



eins) oder 11,27 Millionen € (Annahme zwei) gehabt.

Der Grund: Die Kapitalerhöhungen, an denen die drei Verdächtigen „virtuell“ teilgenommen haben wollen, waren vorzeitig geschlossen worden. Der Bezugspreis lag unter dem Preis der Kapitalerhöhung. (Es gab aber Mitarbeiter-Rabatte.) Außerdem war der Börsenkurs höher. Die Kontrakte wären selbst unter Annahme der Ausstellung 2004 und 2005 (Prämisse eins) sofort „im Geld“ gewesen und waren daher 1,72 Millionen € wert, so Lintner.

Höherer Börsenkurs

Rechnet man den Wert der Kontrakte aus der Perspektive Februar 2006 aus (tatsächliches Erstelldatum), erhöht sich der Wert durch den höheren Börsenkurs enorm, weil die Spanne zwischen Bezugspreis und Kurs (s. Chart) viel größer ist. Dann wären die Kontrakte laut Lintner 11,27 Millionen € wert gewesen.

Wie berichtet ist die Nicht-Entrichtung einer Prämie einer der zentralen Streitpunkte im Verfahren. Lintner gab den Wert der Kontrakte an – machte aber keine Aussage darüber, ob die Beschuldigten diese Millionen zu zahlen gehabt hätten. Diese rechtliche Würdigung wird Richterin Claudia Moravec-Loidolt voraussichtlich am 18. März in ihr Urteil einfließen lassen.

OLIVER JAINDL

oliver.jaindl@wirtschaftsblatt.at